

Beschluss V-15: Keine Register über psychische Erkrankte!

Laufende Nummer: 49

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 12 - Verschiedene Anträge

Keine staatliche Erfassung von psychisch erkrankten Personen

Die Grüne Jugend spricht sich entschieden gegen jegliche staatliche Erfassung von psychisch erkrankten Personen aus. Wir stehen für eine inklusive, gerechte und menschenwürdige Gesellschaft und kämpfen aktiv gegen jegliche Form des Ableismus. Wir stellen uns gegen jegliche Form der Stigmatisierung sowie Diskriminierung von Personen mit psychischen Erkrankungen. Psychische Erkrankungen dürfen nicht mit Gefährlichkeit gleichgesetzt werden.

Grundsätzlich sind personenbezogene Gesundheitsdaten zu schützen. Staatliche Erfassungen von Personen bieten immer ein sehr hohes Missbrauchspotential. Neben weiteren Auswirkungen besteht ein sehr großes Risiko, dass Personen abgeschreckt werden sich Hilfe zu suchen und dies würde die Situation nur verschlimmern.

Statt die Personen unter einen Generalverdacht zu stellen, braucht es einen deutlichen Ausbau von Versorgungsangeboten, Prävention und barrierearmer Hilfsstrukturen. Besonders der deutliche Ausbau von Kassenplätzen für Psychotherapeut*Innen ist essenziell, um eine potenzielle Eigen- oder Fremdgefährdung zu minimieren. Zusätzlich muss die Forschung zu Medikamenten und Therapien ausgebaut werden, um eine bessere Behandlung zu ermöglichen.

Wir als Grüne Jugend stellen uns somit gegen jegliche Form von staatlicher Erfassung von psychisch erkrankten Personen. Menschenrechte und der Schutz von sensiblen Daten dürfen nicht bei einer Diagnose enden!

Leichte Sprache:

Keine Listen für Menschen mit psychischen Krankheiten

Die Grüne Jugend sagt:

Menschen mit psychischen Krankheiten dürfen nicht in staatliche Listen kommen.

Wir wollen eine Gesellschaft, die gerecht ist.

Wir wollen eine Gesellschaft, die alle Menschen achtet.

Wir wollen eine Gesellschaft ohne Ableismus.

Ableismus bedeutet: Menschen mit Behinderungen werden schlechter behandelt.

Wir sagen:

Menschen mit psychischen Krankheiten dürfen nicht ausgegrenzt werden.

Sie dürfen nicht benachteiligt werden.

Eine psychische Krankheit bedeutet nicht: Eine Person ist gefährlich.

Gesundheits-Daten sind sehr wichtig und sehr persönlich.

Der Staat darf diese Daten nicht sammeln.

Denn es gibt große Gefahr: Die Daten können missbraucht werden.

Menschen suchen dann vielleicht keine Hilfe mehr.

Das macht die Krankheit schlimmer.

Wir sagen:

Es muss mehr Hilfe geben für Menschen mit psychischen Krankheiten.

Zum Beispiel mehr Therapie-Plätze bei der Krankenkasse.

So gibt es weniger Gefahr für die Menschen selbst und für andere.

Es muss auch mehr Forschung zu Medikamenten geben.

Und mehr Forschung zu Therapien.

Die Grüne Jugend sagt ganz klar:

Menschen mit psychischen Krankheiten dürfen nicht in staatliche Listen.

Menschenrechte gelten auch bei einer Diagnose.

Der Schutz von Daten gilt auch bei einer Diagnose.